

**Protokoll
über die 8. Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsmodernisierung und
Umlandbeziehungen am 15.06.2005**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Menzlin, Thoralf PDS

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Güll, Gerd fraktionslos

ordentliche Mitglieder

Niesen, Dieter SPD
Pelzer, Karla CDU
Renner, Monika CDU
Teubler, Ulrich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellvertretende Mitglieder

Zischke, Thomas SPD

Verwaltung

Lippert, Björn
Rath, Torsten
Rogmann, Jürgen
Wollenteit, Hartmut

Leitung: Thoralf Menzlin

Schriftführer: Björn Lippert

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 7. Sitzung vom 18.05.2005 (öffentlicher Teil)
3. Verwaltungsmodernisierungsgesetz - aktueller Sachstand
4. Stand regionale Kooperation
5. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen, Herr Menzlin, eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreter der Verwaltung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist gegeben.
Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 7. Sitzung vom 18.05.2005 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Die Sitzungsniederschrift der 7. Sitzung vom 18.05.2005 wird bestätigt.

zu 3 Verwaltungsmodernisierungsgesetz - aktueller Sachstand

Bemerkungen:

Zum TOP 3 übergibt der Ausschussvorsitzende das Wort an Herrn Wollenteit mit

der Bitte um Stellungnahme zum neuen Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Herr Wollenteit legt dar, dass Nachbesserungen im neuen Entwurf erkennbar und teilweise sogar erheblich sind. Eine Anhörung findet im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens statt. Anfang September ist Fristende für Stellungnahmen der Körperschaften und Verbände. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Frühjahr 2006 abgeschlossen sein. Schwerpunkte bzw. wichtige Themen:

- Alternativen und Bewältigung der verfassungsrechtlichen Problematiken hinsichtlich Strukturreform
- Begründung der Handlungsnotwendigkeit für Kreisgebietsreform
- Finanzentwicklung, demografische Entwicklung als Hauptgründe für Reform
- Stadt-Umland-Beziehungen: Eingemeindung keine Lösung
- Funktionalreform: Aufgabenverlagerung Landkreise \Rightarrow Ämter und Gemeinden intensiviert (auch Bauaufsicht); auf kommunale Ebene verlagert \Rightarrow personelle und sachliche Vorleistungen
- Errichtungsbeauftragter als Institution fällt weg: OB und Landräte als Mitglieder der Aufbaustäbe \Rightarrow demokratische Legitimation unmittelbarer als ursprünglich geplant
- Auseinandersetzung: Nachfolge der Infrastruktur an Aufgaben orientiert (auch Verbindlichkeiten müssen geregelt werden \Rightarrow Gesetz nimmt dies auf)
- Sparkassen: Trägerschaft für kreisfreie Städte möglich
- Finanzierung: Effizienzrendite deutlich reduziert, 4 % - 0,5 % bei zeitlicher Streckung
- Finanzausgleich: gestufte Kreisumlage zu erwarten; Leistungsfähigkeit der großen kreisangehörigen Städte soll erhalten bleiben
- „Kreis Rügen“: ist vom Tisch
- Defizitanalyse noch nicht ausreichend (Landkreistag sieht die künftige Situation ausreichend) \Rightarrow Defizite zwar erkennbar; Handlungsalternativen müssen abgewogen werden
- Schulentwicklungsplanung: bisher keine Änderung erfolgt
- Öffentlicher Personennahverkehr: im Bereich Schienen bleiben
Landeshauptstadt Schwerin / Hansestadt Rostock zuständig

Herr Wollenteit führt aus, dass ein erheblicher Teil der Wünsche und Anregungen der Gemeinden und kreisfreien Städte berücksichtigt wurde. Es fehlen aber:

- Analyse der Synergien \Rightarrow gewollte Kreisgröße ist auf Vorteilhaftigkeit zu überprüfen; hier ist Präzision gefragt, Muster und Modelle würden helfen
- Personal: Landeshauptstadt Schwerin und Landkreise – keine Änderung; notwendiges Personal ist weiter fraglich (Gesetzestext); Begründung des Gesetzes: Ansatz – Stellenumfang 2004 \Rightarrow Art, Umfang und Verständnis der Aufgabenwahrnehmung unterschiedlich (S 397); demografische und finanzielle Entwicklung als Maßstab

Eine Stellungnahme ist weiter möglich, aber abhängig vom Willen der Ausschussmitglieder.

In diesem Zusammenhang fragt Herr Menzlin nach den Fristen für eine Stellungnahme. Darauf antwortet Herr Niesen, dass die Anhörungsfrist Mitte September (16.09.2005) abläuft, um die Gremienbeteiligung sicherzustellen. Herr

Menzlin gibt zu bedenken, dass als Termin für die nächste Sitzung der 21. September 2005 festgelegt wurde. Am 12. September 2005 findet eine Stadtvertreterversammlung statt. Er stellt die Frage, ob der Ausschuss noch vorher eine Sitzung durchführen sollte.

In der weiteren Diskussion betont Herr Niesen, dass es die Aufgabe des Ausschusses ist, den Gesetzesentwurf zu betrachten. Die Beratung in der Stadtvertretung ist nötig für eine Positionierung. Dem stimmt Herr Menzlin zu und fragt, inwieweit der Ausschuss zum Gesetzesentwurf votieren möchte. In der Diskussion ist man sich einig, dass es wichtig ist, die Entwicklung darzustellen und ergebnisorientiert zu arbeiten. Die Aufgabe des Ausschusses besteht darin, sich zu positionieren. Man sollte Kompromisse finden und Einigungspunkte formulieren. Eine Lesehilfe vom Städte- und Gemeindetag wird voraussichtlich bis Anfang Juli d.J. fertiggestellt.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf anfertigen möchte. Als neuer Sitzungstermin wird der **10. August 2005, 18.00 Uhr**, festgelegt.

Herr Wollenteit weist darauf hin, die Stellungnahme problemorientiert zu gestalten. Auch sollte die Stellungnahme der SPD-Fraktion als wesentlicher Punkt in der neuerlichen Stellungnahme verarbeitet werden, so Herr Niesen.

Beschluss:

zu 4 Stand regionale Kooperation

Bemerkungen:

Zum Stand der regionalen Kooperation berichtet Herr Wollenteit über die Integrierte Leitstelle (ILS), das Veterinäramt und die Kfz-Zulassungsstelle. Für den Bereich des Gesundheitsamtes gibt es gegenwärtig mit dem Landkreis Ludwigslust noch keine abschließende Einigung, ebenso bei der Unteren Landesamtsaufsicht. Auf die Frage zur Sparkassenproblematik antwortet Herr Wollenteit, dass es bereits einen klaren Ablaufplan zu Fusionen gibt. Zum Beginn des Jahres 2007 sollen erste sichtbare Erfolge abzusehen sein, um die Marktchancen zu wahren.

Herr Rogmann informiert den Ausschuss darüber, dass für die Integrierte Leitstelle die Verträge mit Ludwigslust, Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar genehmigt sind. Der Landkreis Nordwestmecklenburg kommt ab 01.06.2005 dazu. Mit dem Landkreis Parchim ist das weitere Vorgehen abgestimmt. Der 05.01.2006 ist hier als Termin für eine gemeinsame ILS vorgesehen.

Aus der Hansestadt Wismar ist angedacht, kreisliche Aufgaben des Brandschutzes gemeinsam zu bearbeiten, aus dem Landkreis Nordwestmecklenburg die Zusammenlegung des Rettungsdienstes.

zu 5 Sonstiges

Bemerkungen:

Keine

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18.40 Uhr.

gez. Thoralf Menzlin

Ausschussvorsitzende/r

gez. Björn Lippert

Protokollführer